

Kostenhilfe für inklusive Schulen

Tonne: „Opposition in Niedersachsen verhält sich unverantwortlich“

Landkreis. Die rot-grüne Regierungskoalition hat am Mittwoch im Landtag ein Gesetz beschlossen, mit dem die finanzielle Unterstützung für die Kosten der Inklusion bei Schulen in öffentlicher Trägerschaft geregelt wird: „Das Land gibt für alle öffentlichen Schulen in diesem Jahr 17,5 Millionen Euro, ab dem Haushaltsjahr 2016 30 Millionen Euro jährlich für die Kosten der Inklusion für Schülerinnen und Schüler mit Beeinträchtigungen“, erklärt dazu der heimische Landtagsabgeordnete und Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Grant Hendrik Tonne.

„Unsere Schulen im Landkreis Nienburg/Weser in öffent-

licher Trägerschaft werden also bei den Kosten für bauliche und sonstige Maßnahmen für Inklusion maßgeblich unterstützt“, macht Tonne deutlich.

„Wenn Inklusion an den Schulen in Niedersachsen gelingen soll, muss das Land die finanziellen Voraussetzungen dafür schaffen. Das ist unstreitig und mit diesem Gesetz der Regierungskoalition auch gelungen“, betont Tonne. „Es ist allerdings bedenklich, dass die CDU/FDP-Opposition sich dem Recht auf schulische Inklusion von Menschen mit Behinderungen entgegenstellt. Die Opposition redet nur von Inklusion, hat aber bei diesem wichtigen Gesetz nicht mitgestimmt und versucht sich mit einem

klar rechtswidrigen eigenen Antrag wegzuducken. Ich finde es bedauerlich, dass auch die Abgeordneten Ahlers und Heining sich ihrer Verantwortung nicht gestellt haben.“

Der SPD-Landtagsabgeordnete Grant Hendrik Tonne macht deutlich: „Eine Gesellschaft, in der Ausgrenzung an der Tagesordnung ist, ist nicht die Gesellschaft, für die wir als Sozialdemokraten stehen. Eine fehlende Rampe für Rollstuhlfahrer, ein nicht schallgedämmter Raum oder ein fehlender Fahrstuhl dürfen nicht der Grund für das Scheitern von gemeinsamem Lernen und Leben sein. Daran werden wir auch weiterhin arbeiten – mit aller Kraft und Energie.“ *DH*

